Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6909**

14. Wahlperiode 13. 09. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christine Lucyga, Annette Faße, Gerd Andres, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/6211 –

Schiffssicherheit auf der Ostsee verbessern

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5752 –

Optimierung der Ostseesicherheit im Bereich der Kadetrinne

A. Problem

1. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben mit dem von ihnen eingebrachten Antrag u. a. an, der Deutsche Bundestag solle feststellen, dass der nur eine Seemeile breite und zwei Seemeilen lange Schifffahrtsweg Kadetrinne eine der meist befahrenen Routen in der Ostsee sei. Seit 1990 seien im Bereich der Kadetrinne etwa zwanzig Schiffe auf Grund gelaufen oder kollidiert. Der jüngste Zusammenstoß des Tankers „Baltic Carrier“ und des Frachters „Tern“ gelte als einer der folgenschwersten Unglücksfälle, da auf Grund der zunehmenden Schiffsverkehre in der Kadetrinne zwischen Deutschland und Dänemark sich das Gefahrenpotential an Unfällen erhöht habe. Der Deutsche Bundestag solle daher die Bemühungen der Bundesregierung, das bestehende Sicherheitskonzept für Nord- und Ostsee zu verbessern, begrüßen. Der Deutsche Bundestag solle auch die durch die Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO) weltweite verbindliche Einführung einer Ausrüstungspflicht aller neuen Schiffe ab 1. Juli 2002 und aller vorhandenen Schiffe bis spätestens 1. Juli 2007 mit einem Automatischen Schiffsidentifizierungssystem (AIS-Transponder) ausdrücklich begrüßen. Außerdem wird beantragt, der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, die Arbeiten zur Umsetzung der Vorschläge der unabhängigen Expertenkommission, insbesondere die Einsetzung einer

einheitlichen Einsatzstruktur („Havariekommando“), weiterhin zügig voranzubringen; die Ostseeanliegerstaaten um Unterstützung zu bitten, um die bereits mit Dänemark erörterten Maßnahmen zur Verlängerung des Tiefwasserweges der Kadetrinne bei der IMO durchzusetzen und um eine bessere Kennzeichnung durch Seezeichen zu erreichen; dafür Sorge zu tragen, dass dauerhaft ausreichende Schlepperkapazität für die Sicherheit in der Ostsee bereitstehe; bei den Ostseeanliegerstaaten für die zügige Einrichtung der landseitigen Voraussetzungen für die Anwendung des AIS einzutreten sowie zusätzlich die Einrichtung eines Weitbereichsradars für den Bereich der Kadetrinne dringend zu prüfen und sich weiterhin konsequent zusammen mit den anderen Ostseeanliegerstaaten in der IMO für die Einführung einer verbindlichen Lotsenannahmepflicht und Meldepflicht im schwierigen internationalen Seegebiet der Kadetrinne einzusetzen.

2. Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag eingebracht, dessen Ziel es ist, die Bundesregierung aufzufordern, mit konkreten Sofortmaßnahmen und international abgestimmten mittelfristigen Maßnahmen dafür zu sorgen, dass eines der risikoreichsten Verkehrsgebiete in der Ostsee, die Kadetrinne, umgehend eine optimierte Sicherheitsstruktur erhalte.

B. Lösung

1. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/6211 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU

2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5752 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

1. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6211.
2. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5752.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/6211 anzunehmen,

2. den Antrag auf Drucksache 14/5752 abzulehnen.

Berlin, den 12. September 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Dr. Christine Lucyga**	**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**
Vorsitzender	Berichterstatterin	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Christine Lucyga und Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 14/5752** in seiner 164. Sitzung am 5. April 2001 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen. Er hat den Antrag auf **Drucksache 14/6211** in seiner 176. Sitzung am 21. Juni 2001 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag eingebracht, dessen Ziel es ist, die Bundesregierung aufzufordern, mit konkreten Sofortmaßnahmen und international abgestimmten mittelfristigen Maßnahmen dafür zu sorgen, dass eines der risikoreichsten Verkehrsgebiete in der Ostsee, die Kadetrinne, umgehend eine optimierte Sicherheitsstruktur erhalte.

2. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben mit dem von ihnen eingebrachten Antrag u. a. an, der Deutsche Bundestag solle feststellen, dass der nur eine Seemeile breite und zwei Seemeilen lange Schifffahrtsweg eine der meist befahrenen Routen in der Ostsee sei. Seit 1990 seien im Bereich der Kadetrinne etwa zwanzig Schiffe auf Grund gelaufen oder kollidiert. Der jüngste Zusammenstoß des Tankers „Baltic Carrier“ und des Frachters „Tern“ gelte als einer der folgenschwersten Unglücksfälle, da auf Grund der zunehmenden Schiffsverkehre in der Kadetrinne zwischen Deutschland und Dänemark sich das Gefahrenpotential an Unfällen erhöht habe. Der Deutsche Bundestag solle daher die Bemühungen der Bundesregierung, das bestehende Sicherheitskonzept für Nord- und Ostsee zu verbessern, begrüßen. Der Deutsche Bundestag solle auch die durch die Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO) weltweite verbindliche Einführung einer Ausrüstungspflicht aller neuen Schiffe ab 1. Juli 2002 und aller vorhandenen Schiffe bis spätestens 1. Juli 2007 mit einem Automatischen Schiffsidentifizierungssystem (AIS-Transponder) ausdrücklich begrüßen. Außerdem wird beantragt der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, die Arbeiten zur Umsetzung der Vorschläge der unabhängigen Expertenkommission, insbesondere die Einsetzung einer einheitlichen Einsatzstruktur („Havariekommando“), weiterhin zügig voranzubringen; die Ostseeanliegerstaaten um Unterstützung zu bitten, um die bereits mit Dänemark erörterten Maßnahmen zur Verlängerung des Tiefwasserweges der Kadetrinne bei der IMO durchzusetzen und um eine bessere Kennzeichnung durch Seezeichen zu erreichen; dafür Sorge zu tragen, dass dauerhaft ausreichende Schlepperkapazität für die Sicherheit in der Ostsee bereitsteht; bei den Ostseeanliegerstaaten für die zügige Einrichtung der landseitigen Voraussetzungen für die Anwendung des AIS einzutreten sowie zusätzlich die Einrichtung eines Weitbereichsradars für den Bereich der Kadetrinne dringend zu prüfen; sich weiterhin konsequent zusammen mit den anderen Ostseeanliegerstaaten in der IMO für die Einführung einer verbindlichen Lotsenannahmepflicht und Meldepflicht im schwierigen internationalen Seegebiet der Kadetrinne einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 14/5752 in seiner 68. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten und empfiehlt einvernehmlich, den Antrag als erledigt anzusehen, nachdem die Fraktion der CDU/CSU erklärt hat, ihre Auffassung spiegele sich in dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Schiffssicherheit auf der Ostsee verbessern“ auf Drucksache 14/6211 ausreichend wieder. Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion der PDS.

2. Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/6211 in seiner 64. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU. Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner

64. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion der PDS.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlagen in seiner 63. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten.

1. Der Antrag auf Drucksache 14/5752 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Fraktionen der FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.
2. Der Antrag auf Drucksache 14/6211 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU angenommen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU lasse die Forderung nach konkreten Maßnahmen vermissen. Den Antrag halte sie für überholt. Einen Forderungskatalog enthalte der Antrag der Koalitionsfraktionen. Ausgangspunkt für diesen Antrag sei die derzeitige Lage der maritimen Notfallvorsorge. Speziell für die Ostsee würden in diesem Antrag Verbesserungen der Sicherheitsstrukturen gefordert. Durch Regierungsmaßnahmen seien auch bereits Verbesserungen erreicht worden. Unterschieden werden müsse zwischen internationalen und nationalen Zuständigkeiten sowie der Zuständigkeit der betroffenen Küstenländer. Der Antrag der Koalitionsfraktionen befasse sich bei den internationalen Maßnahmen u. a. mit der Einrichtung eines automatischen Schiffsidentifizierungssystems. Hierzu gebe es bindende Aussagen, dass dieses in einer ersten Stufe ab 2002 für neue Schiffe eingerichtet werden solle; bis zum Jahr 2008 solle die Nachrüstung älterer Schiffe erfolgen. Der Antrag sehe weiterhin die zwingende Prüfung der Voraussetzungen für die Einrichtung eines Weitsichtradars vor. Bekannt sei, dass auch im dänischen Parlament über verschiedene Verbesserungen der Sicherheitsstruktur der Kadetrinne beraten werde. Die Bundesregierung habe durch ihre Entscheidung für eine zusätzliche Schlepperkapazität für den Notfall bereits eine Forderung des Koalitionsantrags erfüllt. Aktuell blieben die Forderungen des Antrags hinsichtlich der Vorsorge: Prüfung einer Weitsichtradaranlage, Prüfung der Einführung einer Meldepflicht, Fortführung der gemeinsamen Maßnahmen mit Dänemark zur Ausweisung des Tiefwasserwegs und die bessere Ausweisung des Verkehrstrennungsgebietes. In den Ostseeanrainerstaaten würden ähnliche Überlegungen angestellt, so dass auch hier ein gemeinsames Vorgehen zu erwarten sei. Vorrangiges Ziel müsse ein handlungsfähiges Konzept sein. Die schnelle Einrichtung von Sicherheitsschleppern in Kiel, Warnemünde und Usedom sei ein erster Schritt dazu. Hinsichtlich der Meldepflicht warne die Fraktion der SPD davor, sich bereits jetzt auf eine Variante festzulegen. Es lasse sich heute noch nicht prognostizieren, ob – wie es das Ministerium sehe – mit AIS die Meldepflicht hinfällig werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, der von ihr eingebrachte Antrag spreche für sich.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei einfach, der Antrag der Koalitionsfraktionen gehe in die richtige Richtung. Der Schiffsverkehr auf der Ostsee nehme für die Ostseeanrainerstaaten einen hohen Stellenwert ein. Dies gelte auch für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und die Hansestadt Rostock. Dabei werde deutlich, dass mit den besonderen Chancen auch besondere Risiken einhergingen. Deshalb müssten die Katastrophenvorsorge und die Verkehrssicherheit in der Ostsee, speziell in der Kadetrinne, konsequent und schnell verbessert werden. Die Fraktion der FDP unterstütze daher grundsätzlich den Antrag der Koalitionsfraktionen, wenn auch noch Klärungsbedarf darüber bestehe, ob die vorgeschlagene Lösung für das „Havariekommando“ sinnvoll sei. Zum Thema AIS wies die Fraktion der FDP darauf hin, dass es eine parlamentarische Arbeitsgruppe Binnenschifffahrt gebe, und empfahl, die Vorzüge des AIS dort zu erörtern. Zusammenfassend stellte die Fraktion fest, es müssten weitere gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um den Schutz vor Katastrophen in der Ostsee zu verbessern. Deshalb müssten alle, die an einer Lösung interessiert seien, an einen Tisch gebracht werden.

Die **Fraktion der PDS** meinte, sie könne beiden Anträgen zustimmen. Allerdings enthalte auch der Antrag der Koalitionsfraktionen zu wenig Konkretes. Die Zeitschrift „Waterkant“ übe in Bezug auf diese Vorschläge in drei Punkten fachliche Kritik, indem sie die fehlende Größe der eingerichteten Hochseeschlepper bemängele, den für den Schlepper vorgesehenen Stationierungsort Kiel als ungeeignet kritisiere und die Ankündigung von Bundesminister Kurt Bodewig, es solle und werde innerhalb von zwei Stunden die Einsatzbereitschaft der Sicherheitsschlepper in der Ostsee hergestellt werden, in Frage stelle, da dazu alle 60 Seemeilen ein Sicherheitsschlepper stationiert werden müsse und dafür die vorgesehenen Mittel nicht ausreichten. Hierauf gehe der Antrag der Koalitionsfraktionen nicht ein.

Berlin, den 12. September 2001

Dr. Christine Lucyga	**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**
Berichterstatterin	Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333